

Vortrag an den Ministerrat

EU; Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten am 11. Mai 2026; Bericht

Am 11. Mai 2026 fand in Brüssel eine Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten (RAB) statt. Die Tagesordnung umfasste die Punkte Laufende Angelegenheiten, die überarbeitete umfassende Gefahrenanalyse, Russlands Aggression gegen die Ukraine, die Lage im Nahen Osten sowie den Westbalkan. Außerdem fand ein informeller Austausch mit der Außenministerin Kanadas, Anita Anand, ebenso wie mit den Außenministern des Westbalkans statt.

Die Hohe Vertreterin und Vizepräsidentin der Europäischen Kommission (HV/VP) Kaja Kallas blickte zu Beginn auf das rezente Ministerinnen- und Ministertreffen der Europäischen Union (EU) und des Verbandes Südostasiatischer Nationen (ASEAN) in Brunei zurück. Von ASEAN-Seite sei ein ganz klarer Wille zur Vertiefung der Zusammenarbeit mit der EU zu vernehmen. Die ASEAN-Staaten würden die Sorgen der EU um den Multilateralismus und die regelbasierte Weltordnung teilen und die EU als zentralen Partner in deren Bewahrung sehen. Betreffend die Punkte ohne Aussprache seien folgende hervorzuheben: ein Sanktionspaket für an der Verschleppung ukrainischer Kinder beteiligte Personen und Organisationen sowie die Verlängerung von 26 Listungen unter dem russischen Cybersanktionsregime bis 18. Mai 2027. Zudem sei das Mandat der zivilen Beratenden Mission der Europäischen Union für eine Reform des zivilen Sicherheitssektors in der Ukraine (EUAM Ukraine) im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) angepasst worden, um Einsätze in den Bereichen Hybrid- und Cyberabwehr sowie Reintegration von Veteraninnen und Veteranen zu ermöglichen. Der Ratsbeschluss zum Beitritt der EU zur Ukraine-Schadenskommission beim Europarat sei ebenso angenommen worden wie jener zur Aufhebung der partiellen Suspendierung des EU-Syrien-Kooperationsabkommens.

Im Rahmen der Diskussion zum Westbalkan verwies HV/VP Kallas auf die Notwendigkeit von praktischer Kooperation mit den Westbalkan-Partnern in den Bereichen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie der GSVP auf der Grundlage

des Hintergrundpapiers des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) insbesondere in den Bereichen: (i) hybride Bedrohungen, (ii) Angleichung von Positionen im Bereich der GASP, (iii) Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft mit Montenegro, (iv) Nutzung der Europäischen Friedensfazilität (EFF) zur Stärkung der Kapazitäten und Interoperabilität. In Bezug auf Bosnien und Herzegowina und die Nachfolge des Hohen Vertreters für Bosnien und Herzegowina Christian Schmidt solle EU-Einigkeit hergestellt werden. Der erzwungene Rücktritt Schmidts nutze dem ehemaligen Republika-Srpska-Präsidenten Milorad Dodik. Die EU-Kommissarin für Erweiterung Marta Kos bekräftigte die Unterstützung für die sechs Westbalkan-Staaten, verwies auf zwei Spitzenreiter aus der Region und Fortschritte bei der graduellen Integration. Hybride Angriffe durch Russland nähmen mit fortschreitendem Beitrittsprozess zu. Die Antwort müsse strukturell sein, mit unabhängigen Medien, Medienkompetenz und der Einbindung in den Europäischen Schutzschild für Demokratie. Die Beitrittsprozesse müssten leistungsorientiert bleiben, dürften jedoch nicht verlangsamt werden. Ich unterstrich die Notwendigkeit von raschen Fortschritten unter Einhaltung der leistungsorientierten Kriterien insbesondere bei Rechtsstaatlichkeit, Korruptionsbekämpfung und organisierter Kriminalität und kündigte konkrete Vorschläge zur Weiterentwicklung der graduellen Integration an. In Bezug auf Bosnien und Herzegowina sollte die EU eine gemeinsame Position zur Nachfolge des Hohen Repräsentanten Schmidt einnehmen, das Dayton-Abkommen und territoriale Integrität müssten gewahrt werden. Die Mitgliedstaaten (MS) unterstützten die Vorschläge zur GASP/GSVP-Zusammenarbeit, wiesen jedoch auch auf Konditionalitäten hin. Mehrere MS äußerten Kritik an Serbien, während ein MS sich für die Öffnung von Cluster 3 der Beitrittsverhandlungen mit Serbien aussprach. Ein weiterer MS äußerte zudem Bedenken über die Lage in Albanien.

Im Rahmen der Diskussion zu Russlands Aggression gegen die Ukraine verwies der ukrainische Außenminister Andrij Sybiha auf die sich ändernde Stimmung und die sich zeigende Schwäche Russlands. Es sei an der Zeit für verstärkte EU-Aktivität in den Friedensbemühungen, ergänzend zu jener der USA. Dabei sei wichtig, mit einer Stimme zu sprechen und keine alternativen Schienen entstehen zu lassen. Eine praktische Idee wäre ein Waffenstillstand betreffend Flughäfen. Es brauche ein starkes 21. Sanktionspaket, ein Schengen-Einreiseverbot für russische Ex-Kombattantinnen und -Kombattanten und Maßnahmen gegen die russische Schattenflotte. Die Nutzung der immobilisierten russischen Vermögenswerte müsse weiterhin am Tisch liegen. Die Ukraine sei bereit für ein Drohnenabkommen mit der EU. Eine Verteidigungskooperation könnte ein wesentlicher ukrainischer Beitrag zur europäischen Sicherheit werden. Es brauche Fortschritte beim EU-Beitritt der Ukraine sowie der Republik Moldau und den Westbalkan-Staaten. Die Ukraine bekenne sich vollständig zu den hierfür notwendigen Reformen. Ziel der Ukraine sei, bis 2027 alle Verpflichtungen zu erfüllen und den Beitrittsvertrag zu unterzeichnen, auch wenn die Ratifizierung danach Zeit brauchen werde. HV/VP Kallas verwies auf die geplante Diskussion über die Inhalte, über die gegebenenfalls mit Russland

gesprächen werden solle. Die EU müsse ihren Kurs fortsetzen. Es sei wichtig, den Nutzen der EU bei der Erweiterung zu betonen. Sie verwies auf den Vorschlag, das Satellitenzentrum der Europäischen Union (SatCen) mit einer dauerhaften Überwachungskapazität auszustatten. In der Diskussion bekräftigten MS die anhaltende Unterstützung für die Ukraine. Mehrere MS verwiesen auf die neue, positivere Dynamik der letzten Wochen. Einige MS äußerten sich zurückhaltend zu Gesprächen mit Russland. Drei MS äußerten sich positiv zu dem Vorschlag der Ukraine, eine aktivere EU-Rolle bei konkreten Themen einzunehmen. Ich stellte fest, dass sich nicht nur die Ukraine, sondern auch die EU nun in einer besseren Lage befinde. Die Einschätzung der Ukraine zur veränderten russischen Rhetorik sei bemerkenswert. Es sei nun auch wichtig zu zeigen, dass die EU im Erweiterungsprozess handlungsfähig ist. Der Druck auf Russland sei hoch und es brauche auch ein 21. Sanktionspaket. Die EU solle bereit sein, mit einer Stimme zu sprechen und eine Rolle in den Verhandlungen zu spielen. Dies müsse parallel zu anderen Bemühungen erfolgen, aber die EU habe ihre eigenen Interessen, die es zu verteidigen gilt. Österreich sei offen für die Diskussion zu weiteren wichtigen SatCen-Fähigkeiten, es gebe aber noch offene Fragen unter anderem zur Finanzierung. Abschließend unterstrich ich, dass das Thema der Rückkehr der ukrainischen Kinder eine Priorität für Österreich bleibe.

Im Rahmen der Diskussion zur Situation im Nahen Osten betonte HV/VP Kallas, dass die EU ihre Beziehungen mit dem Golfkooperationsrat (GKR) entsprechend dem EAD-Aktionsplan verstärken werde. Aufgrund der unterschiedlichen Initiativen zur Straße von Hormus sei EU-Einheit via Unterstützung für die Operation der EU-Seestreitkräfte Aspides (EUNAVFOR Aspides) gefragt, um eine Unterscheidung in „gute“ und „schlechte“ Europäer durch geopolitische Wettbewerber zu vermeiden. Zu Israel und dem palästinensischen Gebiet seien der Stillstand in der Implementierung des Gaza-Friedensplans und die schlechte humanitäre Lage besorgniserregend. Die Ausarbeitung der EU-Prioritäten für einen raschen Aufschwung und Wiederaufbau soll ein Fokus des RAB im Juni sein. Aufgrund der Eskalation der Lage im Westjordanland sei die politische Bestätigung der Siedler- und Hamas-Sanktionen ein wichtiges politisches Signal. Zum schwedisch/französischen-Vorschlag zur verstärkten Handelsdifferenzierung im Bereich der Warenimporte aus Siedlungen habe sie mit dem EU-Kommissar für Handel und wirtschaftliche Sicherheit Maroš Šefčovič Rücksprache gehalten, der darauf verwiesen habe, dass Maßnahmen der Europäischen Kommission (EK) aus 2025 bereits auf dem Tisch liegen. Sie werde – nach Unterstützung durch viele MS – das Anliegen erneut im EK-Kollegium thematisieren. Die EU-Kommissarin für das Mittelmeer Dubravka Šuica meinte, dass sich die EU als strategischer Partner des GKR positionieren müsse. Freihandelsabkommen (FHA) oder strategische Partnerschaftsabkommen (SPA) müssten aber von gegenseitigem Vorteil sein. Zu Syrien könnte eine Investmentkonferenz der EK im November stattfinden. EU-Kommissarin für Krisenvorsorge und -Management Hadja Lahbib informierte zu ihrer Libanon-Reise in der Vorwoche. Die Lage sei entsetzlich. Mehr

als 50% der Bevölkerung würden mittlerweile humanitäre Hilfe benötigen. Die EU müsse sich die Frage stellen, ob sie noch ihre eigenen Werte einhalte. Ich unterstrich, dass die Freiheit der Schifffahrt durch die Straße von Hormus wiederhergestellt werden müsse. Die EU solle darauf drängen, die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) in die Iran-USA-Verhandlungen einzubinden, da sie unerlässliche technische Expertise besitzt. Zur Stärkung der EU-GKR-Beziehungen bedankte ich mich für den EAD-Aktionsplan, da die GKR-Staaten wichtige strategische Partner der EU seien. Österreich stehe an der Seite von Israel und verstehe das Selbstverteidigungsrecht Israels, man könne aber nicht tatenlos zusehen. Die EU-Sanktionen gegen radikale Siedler seien daher ein wichtiges Signal. MS begrüßten den Waffenstillstand zwischen den USA/Israel und dem Iran, forderten Diplomatie als einzige nachhaltige Lösung und unterstützen den EAD-Aktionsplan zu den EU-GKR-Beziehungen. Zwölf MS forderten konkrete Vorschläge der EK zu Maßnahmen (Importstopp, Zölle) gegen Siedlungsprodukte.

Das Briefing zur überarbeiteten umfassenden Gefahrenanalyse fand im eingeschränkten Format statt.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

26. Juni 2026

Mag.^a Beate Meinel-Reisinger, MES
Bundesministerin